

BUND Schleswig-Holstein, Lorentzendamm 16, 24103 Kiel

Landeshaus
Claus Christian Claussen
Vorsitzender des Wirtschafts- und
Digitalisierungsausschusses
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/763

per Mail: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.

Fon 0431 66060-0
Fax 0431 66060-33

info@bund-sh.de
www.bund-sh.de

Carl-Heinz Christiansen
Stllv. Landesvorsitzender

carl-heinz.christiansen@bund-sh.de
Fon 04661-28 39

26. Januar 2023

**Wärmenetze als Rückgrat einer bezahlbaren Wärmeversorgung
in Schleswig-Holstein
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/381**

hier: Stellungnahme des BUND Schleswig-Holstein (BUND SH)

Sehr geehrter Herr Claussen, sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Im Namen des BUND-Landesverbandes Schleswig-Holstein nehme ich wie folgt Stellung:

Grundsätzlich begrüßt der BUND SH den Antrag der SPD-Fraktion.

Im Antrag heißt es: „Ziel ist 50 Prozent aller Haushalte im Lande an ein Wärmenetz anzuschließen. Bis zum Jahr 2030 sollen als Zwischenziel 40 Prozent aller Haushalte erreicht werden.“

Aus dem formuliertem Ziel geht nicht hervor, bis wann die 50 Prozent Anschlussquote aller Haushalte erreicht sein soll. Hier sollte ein Jahr benannt werden, um ein konkretes Zieljahr zu haben.

Heizung und Warmwasser verbrauchen rund 40 Prozent des Gesamtenergiebedarfs in Schleswig-Holstein. Dies verursacht rund 20 Prozent der Treibhausgase im Land zwischen den Meeren. Hier besteht also ein großes Einsparpotential. Bevor die Wärmeversorgung umgebaut wird, muss aber zunächst einmal durch eine Verbesserung der Gebäudedämmung im Bestand der Wärmebedarf gesenkt werden. Sonst wird mit einem finanziellen Milliardenaufwand eine Wärmeversorgung errichtet, die bei nachlaufender Gebäudedämmung in Kürze überdimensioniert sein wird. Dann wären erhebliche öffentliche wie private Finanzmittel fehlinvestiert worden. Zumindest müssen Dämmung und Umbau der Wärmeversorgung gleichzeitig angegangen werden. Es ist also ganz wichtig, dass die Sanierungsquote des Bestandes wesentlich erhöht wird. Zurzeit wird nur knapp ein Prozent der Bestandsgebäude im Jahr energetisch saniert. Um

die Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Sanierungsquote auf mindestens vier Prozent erhöht werden. Da zurzeit ein großer Fachkräftemangel herrscht, muss eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Handwerker und Wärmenetzplaner erfolgen.

Einen flächendeckenden Versorgungsatlas für SH als Grundlage zu erarbeiten, ist sinnvoll, denn es muss über die Investition erheblicher öffentlicher wie auch privater Finanzmittel entschieden werden. Die sehr unterschiedliche Situation der zu beheizenden Gebäude in SH, vom einzeln stehenden Einfamilienhaus bis zum verdichteten mehrgeschossigen Wohnungsbau lässt es als sinnvoll erscheinen, alle Optionen einer klima- und sozialverträglichen Beheizung im Blick zu behalten: heiße, warme und kalte Nah- und Fernwärmenetze, aber auch dezentrale Beheizung über Wärmepumpen und Photovoltaik. Als Wärmequelle sollte die Nutzung direkter Umweltwärme Priorität haben. Das wären tiefe, wie auch oberflächennahe Geothermie, möglichst große Oberflächenwasserkörper und Luft. Darüber hinaus kommt die Nutzung von Abwärme jeglicher Art in Frage. Es sollten alle nach heutigem Wissen sinnvoll in Frage kommenden Techniken wie auch Wärmeträger in den Blick genommen werden. Wegen der sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ist hier Technologieoffenheit bis auf weiteres sinnvoll.

Wenn Quartiere mit einem entsprechenden Wärmenetz versorgt werden sollen, sollte ein Anschlusszwang obligatorisch sein, damit die Kosten möglichst breit verteilt werden können. Hierzu ist eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung notwendig. Um diese zu erreichen, ist eine umfangreiche Transparenz von der ersten Planung bis zur Preisgestaltung der Wärmekosten sicher zu stellen.

Neubaugebiete müssen zukünftig grundsätzlich mit einer CO₂-neutralen Wärmeversorgung geplant werden. Je nach geplantem Gebäudebestand können bei lockerer Bebauung dezentrale Wärmepumpen und bei komprimierter Bebauung warme oder sogenannte kalte Nahwärmenetze die richtige Wahl sein. Bestehende Nah- und Fernwärmenetze müssen auf jeden Fall so schnell wie möglich dekarbonisiert werden.

Die Einrichtung einer Landesinfrastrukturgesellschaft als Beratungsorgan für die Kommunen wird als sinnvoll angesehen, denn die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, dass sie den Menschen das Gefühl vermitteln können, nicht alleine zu sein, dass man sich kümmert. Dazu benötigen die Kommunen wiederum Beratungspersonal, z.B. Klimaschutzmanager*innen.

Neben der Erzeugung erneuerbarer Energie müsste auch die Energieeinsparung und -effizienz eine Schlüsselrolle einnehmen. Nach der Stromwende muss endlich die Wärmewende eingeleitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Carl-Heinz Christiansen
BUND Schleswig-Holstein